



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

PRESSEMITTEILUNG VOM 25.10.2010

FÖS KRITISIERT FORTFÜHRUNG ÜBERLEBTER ENERGIESTEUERSUBVENTIONEN

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) kritisiert den am Sonntag gefassten Beschluss der Bundesregierung, den Abbau der Energiesteuervergünstigungen massiv abzuschwächen. **„Schon bisher wollte die Regierung nur ungefähr ein Fünftel der bestehenden Energiesteuersubventionen abbauen. Mit der neuerlichen Verwässerung dieser Pläne werden die Ausnahmen nur noch um zehn Prozent reduziert,“** erläutert Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des FÖS. Die Ausnahmetatbestände bei Strom- und Energiesteuer kosten den Bund heute 5,3 Mrd. Euro jährlich. Davon sollen nach dem gestrigen Beschluss noch 0,5 Mrd. Euro abgebaut werden.

„Das Sparpaket hatte ohnehin bereits eine deutliche soziale Schieflage. Mit dem Einknicken bei der Kernbrennstoffsteuer und den Energiesteuerausnahmen werden ausrechnet die wenigen Bereiche, die die Unternehmen betreffen sollten, weiter abgeschwächt. Das ist der Bevölkerung nicht zu vermitteln,“ kritisiert Damian Ludewig, Geschäftsführer des FÖS. **„Die statt dessen geplante Anhebung der Tabaksteuer hat sicherlich auch eine positive Lenkungswirkung. Aber noch so gute gesundheitspolitische Maßnahmen sind kein Ersatz für entfallende Anreize zu Ökologisierung der Wirtschaft!“**

Schon bei den bisherigen Plänen blieb die generelle Befreiung energieintensiver Prozesse im Bereich der Glas-, Keramik-, Zement-, Kalk-, Baustoff-, Düngemittel- und Metall verarbeitenden Industrie völlig verschont. Auch die Anhebung des Sockelbetrag für kleinere Betriebe war im Haushaltsbegleitgesetz entgegen erster Pläne bereits von 20.000 Euro auf 2.500 Euro zurück gefahren worden. Nun soll der Betrag auf lediglich 1.000 Euro abgesenkt werden.

Der Spitzenausgleich sollte zunächst ab 2012 von 95 Prozent auf 65 Prozent gesenkt werden. Hier ist nun nur noch eine Absenkung auf 90 Prozent vorgesehen. Und selbst bei der großzügigen generellen Steuerermäßigung für das Produzierende Gewerbe soll der ermäßigte Steuersatz von heute 60 Prozent nach Presseberichten nicht mehr auf 80, sondern nur noch 75 Prozent des Regelsteuersatzes angehoben werden. Das FÖS fordert dagegen die Abschaffung der generellen Ermäßigung, da von ihr auf Netto-Profiteure der Ökologische Steuerreform zusätzliche Vorteile erlangen. Für tatsächlich belastete Unternehmen greift ohnehin der Spitzenausgleich.

„Gerade diejenigen Unternehmen, die den höchsten Energieverbrauch haben, sind bisher von der Ökosteuern weitgehend befreit. Dass die Bundesregierung hier wieder einknickt ist eine Enttäuschung für alle, die gehofft hatten, die Haushaltssanierung werde substantiell mit der überfälligen Ökologisierung der Wirtschaft verbunden,“ so Dr. Görres.

Hintergrundinformationen zu den Vergünstigungen des produzierenden Gewerbes bei der Energie- und Stromsteuer finden Sie in einem FÖS-Fact-Sheet unter <http://www.foes.de/pdf/2010-09-FOES-Fact-Sheet-OekosteuerAusnahmen.pdf>.

Unter <http://www.foes.de/pdf/2010-10-Stellungnahme%20FOES%20.pdf> können Sie die Stellungnahme des FÖS im Rahmen der Anhörung des Haushaltsausschuss' zum Haushaltsbegleitgesetz herunter laden.

Kontakt: Damian Ludewig, FÖS-Geschäftsführer (0170-8902680)

Das FÖS versteht sich als Sammelbewegung unabhängiger Vordenker und ist gegenüber Entscheidungsträgern und Multiplikatoren Anstoßgeber wie Konsensstifter in der Debatte um eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Das FÖS setzt sich dafür ein, die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Marktwirtschaft hat sich nach Auffassung des FÖS bisher als effizienteste Wirtschaftsform erwiesen. Um dem Menschen optimal zu dienen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, muss sie jedoch einen starken staatlichen Rahmen mit entsprechenden ökologischen und sozialen Leitplanken bekommen. Das FÖS unterstützt Bestrebungen, neben verlässlichen sozialen Sicherheitssystemen auch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik zu stärken.